Tauschten sich über die Lage in der Altenpflegebranche aus: (von links) Josef Rief, Andrea Thiele, Thomas Dörflinger und Matthias Ruf. FOTO: ST.-ELISABETH-STIFTUNG

Klage über Personalnot und Kosten

St.-Elisabeth-Stiftung trifft sich mit Biberacher Abgeordneten zum Austausch

LANDKREIS BIBERACH (sz) - Die Vorstände der St.-Elisabeth-Stiftung, Andrea Thiele und Matthias Ruf, haben sich mit den beiden CDU-Politikern Josef Rief und Thomas Dörflinger, spontan und auf deren Wunsch zu einem Austausch getroffen. Aktueller Grund waren die gerade öffentlich gemachten Schließungspläne für das Seniorenheim Laupheim der St.-Elisabeth-Stiftung, heißt es in einer Pressemitteilung des Heimbetreibers.

Nach dem Aus der Sana-Klinik Laupheim und der damit verbundenen Schließung für das im gleichen Gebäude beheimatete Seniorenheim informierten sich die Abgeordneten über die Gründe der Schließung, die nun laufenden Überlegungen für eine Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter und mögliche neue Heimplätze für die betroffenen Bewohner. Die Stiftungsvorstände nutzten das Gespräch, um gleich einen tieferen Einblick in die aktuelle Situation der Pflege und der Teilhabe zu geben.

„Zunächst einmal war wichtig, die beiden Abgeordneten über die Hintergründe der zum Jahresende bevorstehenden Schließung zu informieren“, beschreibt Stiftungsvorstand Ruf den ersten Teil des Austauschs. „Im Anschluss an diese Thematik haben wir gleich die Chance genutzt, um den beiden Parlamentsangehörigen die aktuellen Problematiken in Sachen Personalnot, Unterfinanzierung durch die gerade geltenden Pflegesätze und wie die steigenden Strom- und Lebenshaltungskosten auch uns massiv belasten, näherzubringen“, ergänzte Vorständin Thiele die Themen der zweiten Hälfte des Besuchs in der Zentrale in Bad Waldsee. In dieser Deutlichkeit hätten Rief und dessen Landtagskollege Dörflinger noch keinen Einblick in die Themen der sozialen Träger erhalten, heißt es im Bericht der St.-Elisabeth-Stiftung.

„Zentraler Punkt unseres heutigen Besuchs war die Frage, wie es mit der Belegschaft sowie den im Pflegeheim beheimateten Seniorinnen und Senioren weitergeht“, wird der Landtagsabgeordnete Dörflinger weiter zitiert. „Uns wurde zugesichert, dass für alle Pflegebedürftigen ein Pflegeplatz gefunden werde. Das ist wichtig, ebenso wie die Zusage der St.-Elisabeth-Stiftung, an einer Lösung für eine gute und gesicherte Perspektive aller Betroffenen zu arbeiten.“

Für den Bundestagsabgeordneten Rief waren die Einblicke in die Gesamtsituation eines Trägers in der Altenhilfe und Teilhabe wertvoll. „Die Entwicklungen für die Unternehmen der Pflegebranche sind tiefgreifend und teilweise existenzbedrohend.“ Rief sicherte laut Stiftungsmitteilung zu, die gewonnenen Einblicke im nächsten Austausch an seine Fachkollegen im Bundestag weiterzugeben: „Mir ist wichtig, dass unsere pflegebedürftigen Menschen, möglichst wohnortnah, sich in den Einrichtungen wohlfühlen.“

Leserbriefe

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
Ihre Meinung ist uns wichtig. Deshalb freuen wir uns über Ihre Briefe. Bitte vermerken Sie immer Ihren vollen Namen, Ihre Adresse, am besten auch Ihre Telefonnummer, und unterschreiben Sie den Brief. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Sie können uns Leserbriefe auch per E-Mail schicken an **redaktion.biberach@schwaebische.de** Ihre Redaktion

Investitionen in vertrauensbildende Maßnahmen sind gefragt

Zum Artikel „Landrat Mario Glaser ist nun offiziell vereidigt“ in der SZ vom 5. November erreichte uns diese Zuschrift einer Leserin:

Der Landrat des Landkreises Biberach, Mario Glaser, gab in seiner Rede zur Amtseinführung am 4. November zu bedenken, dass ihn das schwindende Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Strukturen mit Sorge erfülle und dass auch die von kommunalen Gremien getroffenen Entscheidungen hinterfragt und teilweise nicht mehr akzeptiert werden (SZ vom 5.11.). Seine Sorge ist nicht unbegründet, sieht man sich die Gefühlslage der Menschen im Landkreis zum Beispiel nach Bekanntgabe der Schließung des Laupheimer Krankenhauses samt Zentrum für Älterenmedizin und Pflegeheim an (SZ vom 29.10./5.11.). Solche Nachrichten führen doch zwangsläufig dazu, dass die von den politisch Verantwortlichen getroffenen Entscheidungen hinterfragt werden.
Liegt nicht der Webfehler dieser herbeigeführten Situation in der im Jahr 2012 vom Kreistag getroffenen Entscheidung, die Kreiskliniken, die Kreispflegeheime, die Fachklinik für Neurologie Dietenbronn und die Geriatrie mit der Sana-Kliniken GmbH teilweise zu privatisieren? Immerhin hat sich der Landkreis noch 25,1 Prozent Unternehmensanteile gesichert und dürfte damit auch ein Mitspracherecht haben, was die Betriebsführung betrifft. Die Entscheidung von damals erscheint vordergründig zwar günstig und vor allem, was die Rekrutierung von Pflegepersonal und anderem betrifft, auch nachvollziehbar. Wenn man alle bisherigen Kosten für Umzüge, an Sana gezahlte Zuschüsse vom Land ... zusammenzählt, ist der Benefit sicherlich anders ausgefallen als erhofft.
Und nun wird die Bevölkerung eines der wirtschaftsstärksten Landkreise des Landes Baden-Württemberg mit einer neuen Wirklichkeit konfrontiert: Den Betroffenen und ihren Angehörigen wird die Möglichkeit entzogen, nach einem Krankenhausaufenthalt wohnortnah wieder Alltagskompetenzen zurückerlangen zu können, um danach meistens wieder in die vertraute Umgebung zurückzukehren. Außerdem, woher soll denn der geforderte Nachwuchs kommen, wenn sich die Möglichkeiten ständig verringern, in einem wohnortnahen Klinikbetrieb eine gute Ausbildung zu absolvieren?
Angesichts einer Zeitenwende ist ein Umdenken durchaus angebracht: Es sind Investitionen in vertrauensbildende Maßnahmen gefragt. Unsere 57 Kreisräte/Kreisrätinnen samt Landrat sollten sich erneut mit dem Krankenhauswerk befassen, um langfristig nachhaltige und mehrheitsfähige Entscheidungen zu treffen. Sie mögen sich trauen, nach Lösungen zu suchen, die bedarfsorientiert und auch zuträglich sind für die zunehmende Zahl älterer Menschen im Landkreis, damit sich diese, wenn sie mal gebrechlich sind und sich nicht mehr ehrenamtlich engagieren können, weiterhin wertgeschätzt fühlen werden. Nachahmenswerte Beispiele in benachbarten Landkreisen gibt es durchaus.
Marie Luise Kohler, Laupheim

146 000 Euro für drei Projekte zur Denkmalpflege

KREIS BIBERACH (sz) - Die Sanierung der Biberacher Stadtpfarrkirche St. Martin, die Instandsetzung der Wallfahrtskirche St. Michael in Aufhofen und der Flächenerwerb der archäologischen Fundstelle in Bad Schussenried sind ins Denkmalförderprogramm des Landes aufgenommen worden. Dies teilt der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Dörflinger mit.

„Denkmäler sind ein wertvoller Teil unseres kulturellen Erbes. Es ist wichtig, dieses für die nachkommenden Generationen zu erhalten – und die Unterstützung der Denkmaleigentümer durch das Land ist dafür der richtige Ansatz. Die Fördermittel kommen zudem unseren heimischen Betrieben zugute, die an den Sanierungsmaßnahmen beteiligt sind“, so Dörflinger nach Bekanntgabe der dritten Tranche des Denkmalförderprogramms des Landes 2022.

In dieser Förderrunde fließen in den Kreis Biberach über 146 000 Euro zum Erhalt von Kulturdenkmalen, die sich so verteilen: 42 930 Euro für den Flächenankauf der archäologischen Fundstelle im Olzreuter Ried, 52 800 Euro für die Sanierung der Außenschale und des Dachstuhls der Biberacher Stadtpfarrkirche St. Martin sowie 50 370 Euro für die Instandsetzung des Dachtragwerks, die Restaurierung der Raumschale und der Ausstattung der Wallfahrtskirche St. Michael in Schemmerhofen-Aufhofen.

Landesweit fließen mit der dritten Tranche des Denkmalförderprogramms 2022 rund 3,7 Millionen Euro in Erhalt und Sanierung von 42 Kulturdenkmalen: 22 private, zwölf kirchliche und acht kommunale Projekte. Die Mittel stammen überwiegend aus den Erlösen der Staatlichen Toto-Lotto GmbH Baden-Württemberg.

Diskussion um Fachkräftemangel

Fachkräftemangel: Betriebsräte, Baubürgermeister und Landrat diskutieren

BIBERACH (sz) - Beim Herbsttreffen der Betriebs- und Personalräte der Region Biberach haben Betriebsräte mit dem Landrat Mario Glaser und dem Biberacher Baubürgermeister Christian Kuhlmann über den Fachkräftemangel diskutiert. Dies teilt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Südwürttemberg mit.

Dass der neue Landrat Mario Glaser an der Veranstaltung, die bei der Sparkasse Biberach stattfand, teilnahm, wurde hervorgehoben. Dies drücke eine besondere Wertschätzung für die demokratisch gewählten Vertreter im Betrieb aus, wenn der Landrat am Tag nach seiner Amtseinführung „bei uns zu Gast ist“, so die laut Mitteilung allgemeine Stimmungslage. Im Vordergrund des Treffens stand aber die inhaltliche Diskussion über den Fachkräftemangel und was die Politik – also die Stadt Biberach, die durch Baubürgermeister Kuhlmann vertreten wurde, und der Landkreis – dagegen unternehmen kann.

Beim Betriebsrätetreffen wurde mit Landrat Mario Glaser (vorn Mitte) und Biberachs Baubürgermeister Christan Kuhlmann (2. v. l.) über Fachkräftemangel diskutiert. FOTO: DGB SÜDWÜRTTEMBERG

Zunächst stellten die Betriebsräte eine eigene Erhebung vor, die deutlich macht, dass zwar die Ausbildungszahlen in der Region zumindest in den tarifgebundenen Unternehmen noch weitgehend stabil sind, es aber auch viele Abgänge in den Betrieben gibt und durch die rentennahen Jahrgänge auch in den nächsten Jahren geben wird.

Kuhlmann erläuterte, dass die Stadt als Arbeitgeberin auch vom Fachkräftemangel etwa bei Erziehern, Technikern oder Ingenieuren betroffen sei. Im Wettbewerb um Fachkräfte ist unter anderem die Attraktivität des Arbeitsorts entscheidend. Das bezieht sich auch auf die Qualität der Bildungs- und Betreuungsangebote, auf die Infrastruktur. In diesem Bereich hat und wird die Stadt weiterhin viel investieren, um das hohe Level zu erhalten.

In der Diskussion spielte die ÖPNV-Situation eine große Rolle, zum einen, weil der Fachkräftemangel auch bei Busfahrern sehr deutlich sei, zum anderen, weil ein attraktiver Personennahverkehr auch ein Standortvorteil sein könnte. Das Angebot in der Region ist jedoch Sache des Landkreises. Landrat Mario Glaser wurden neben Fragen zum ÖPNV vor allem solche zur Gesundheitsversorgung gestellt, da es auch in diesem Bereich einen erkennbaren Fachkräftemängel gebe, andererseits dieser auch durch politische Entscheidungen wie etwa die Privatisierung der Kreiskliniken befördert wurde. Dadurch habe sich die Arbeitssituation des Pflegepersonals nicht verbessert.

Nach einer lebhaften Debatte wurde vereinbart, miteinander im Gespräch zu bleiben und weiter einen offenen Dialog zu pflegen.

Kurz berichtet

Kreis- und Stadtjugendring feiern Doppel-Jubiläum

BIBERACH (sz) - Der Kreisjugendring Biberach feiert in diesem Jahr sein 75-jähriges Bestehen, der Stadtjugendring Biberach sein 70-jähriges. Beide Vereine blicken auf eine lange Geschichte und viele Veranstaltungen zurück – wie den ersten Jugendaustausch mit dem ehemaligen Kriegsgegner England im Jahr 1958. Der ehemalige Vorsitzende Walter Zizmann reiste mit einer Gruppe Jugendlicher nach Wales und England, um Austausch und Freundschaften zwischen den Ländern zu ermöglichen. Wer sich oder einen Bekannten auf dem Bild entdeckt oder Unterlagen und Bilder früherer Aktivitäten der Ringe hat, darf sich in der Geschäftsstelle des Kreisjugendrings melden. Anlässlich der beiden Jubiläen findet am Freitag, 2. Dezember, 18 Uhr, im Jugendhaus Biberach ein Jubiläumsabend statt. Dazu sind alle ehemaligen Delegierten der beiden Jugendringe eingeladen. Da den Ringen nicht alle Unterlagen bis in die Anfangszeiten vorliegen, können sich Ehemalige in der Geschäftsstelle des Kreisjugendrings Biberach zum Jubiläumsabend anmelden, siehe Infobox. Der Abend wird mit Grußworten von den Vorsitzenden der Jugendringe, Landrat Mario Glaser und Oberbürgermeister Norbert Zeidler, eröffnet. Danach gibt es die Möglichkeit, bei Häppchen und Getränken in Austausch zu treten und die vergangenen Jahre Revue passieren zu lassen. Auch sind Ehemalige von Stadt- und Kreisjugendring aufgerufen, zum Jubiläum alte Unterlagen und Bilder für eine Dokumentation zur Verfügung zu stellen; sie melden sich beim Kreisjugendring unter Telefon 07351 / 347 07 46 oder per E-Mail an info@kjr-biberach.de.

Der erste Jugendaustausch mit England im Jahr 1958 war einer der vielen erinnernswerten Ereignisse in der Geschichte des Biberacher Kreis- und des Stadtjugendrings. Das Bild zeigt den früheren Vorsitzenden Walter Zizmann (im Vordergrund links) mit einer Gruppe Jugendlicher bei der Reise des Kreisjugendrings 1958 nach Wales-England. FOTO: ARCHIV KREISJUGENDRING

Baustellenbesichtigung des Biberprojekts am Tobelbach

REGION (sz) - Das Landratsamt Biberach und die Gemeinde Uttenweiler bieten am Freitag, 11. November, 14 Uhr, eine Baustellenbesichtigung des Biberprojekts am Tobelbach an. Am Tobelbach auf der Gemarkung Oberwachingen, Gemeinde Uttenweiler, wird ein innovatives Projekt umgesetzt. Durch Flächenbereitstellung und verschiedene Baumaßnahmen soll der Konflikt von Biber und Landwirtschaft nachhaltig befriedet werden. Treffpunkt zur Besichtigung ist die Bushaltestelle im Weiler Dobel zwischen Uigendorf und Oberwachingen.